

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 5

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dessen soziales Programm anspruchsvoll ist, gemäßigte und abgehärtete Konservative der alten Schule, die «die-hard», denen alle Veränderungen zuwider sind. Die Arbeiterpartei haben auch ihre Gemäßigten und ihre Reformisten, kühne Anhänger des integralen Sozialismus. Beide Parteien machen darauf aufmerksam, daß der liberale Beitrag, wovon sie Nutzen gezogen haben, sehr wohltuend war. Statt in einem unwirksamen Zentrum fortzubestehen, die Bildung bequemer parlamentarischer Mehrheiten zu verhindern, und die Ursache ministerieller Unbeständigkeit zu sein, haben die Liberalen den beiden großen Formationen die Hilfsquellen der Befähigungen und der in ihrer Partei immer sehr entwickelten Uneigennützigkeit zur Verfügung gestellt. Das soziale Programm und die Verteidigung der freien Unternehmung der Konservativen Partei sind zu einem großen Teil den Liberalen zu verdanken. Die Arbeiterpartei verdankt einen Teil ihrer Mäßigung seit 1930 der selben Quelle. Die Liberalen sind der Nation so viel nützlicher und können für sich sicherer die Reformen erhalten, die sie wünschen.

Diese Antwort ist buchstäblich wahr. Die gezwungen in den zwei Hauptparteien eingegliederten Liberalen scheinen sich, ohne unter der ihnen auferlegten Disziplin zu leiden, anzupassen. Das hindert nicht, daß die Klagen manchmal sehr lebhaft sind. Dem Heimweh der großen Partei, welche die Liberalen ehemals waren, begegnet man überall.

Die Dreieckswahlen als ernste Gefahr für das Land

Von einem rein objektiven und statistischen Standpunkte aus verfehlt die Zunahme der Zahl der Dreieckswahlen nicht, für die Zukunft beunruhigend zu sein . . . Die Zahl derjenigen, die gewählt wurden, ohne die Mehrheit der Stimmen auf ihren Namen vereinigt zu haben, betrug 1935 bloß 35, 1946 dagegen 196 . . . Die Zahl der Gewählten, die nicht die Hälfte der Wähler ihrer Wahlkreise vertraten, droht sich bald auf 250 zu belaufen, oder sogar mehr, wofern die Unabhängigen bloß zahlreicher sind. Das ist eine *ernste Gefahr* für das Land.

Außenpolitik

Ende April explodierte auf den Weihnachtsinseln die erste amerikanische Atombombe der neuen Versuchsreihe. Und seither folgten sich die Explosionen in regelmäßigen Zeitabständen. Schon diese Atomversuche gaben Anlaß zu Demonstrationen auf der ganzen Welt. Noch mehr aber erregt das Projekt der Amerikaner, in einer Höhe von rund 800 Kilometern eine Atombombe zur Explosion zu bringen, die sachverständigen Atomphysiker. Niemand weiß nämlich, welche Wirkungen eine solche Explosion auf die Strah-

lengürtel haben könnte, die unsere Erde umgeben, und ob dieser Versuch nicht Rückwirkungen auf die Erde zur Folge haben könnte. Solche Versuche sind unverantwortlich; sie sind es um so mehr, als Amerika und Rußland in der internationalen astronomischen Union erklärt haben, die natürliche Erdumgebung mit Atomversuchen nicht stören zu wollen. Selbstverständlich werden alle diese und die folgenden Versuche damit erklärt, daß man sich sichern müsse. Amerikaner und Russen werden sich solange sichern, bis es nichts mehr zu sichern gibt . . .

Die Lage sieht gegenwärtig für Amerika nicht sehr günstig aus. In Laos machen die kommunistischen Rebellen täglich große Fortschritte. Sie können dies deshalb, weil der prowestliche Prinz Boun Oum sich bisher beharrlich weigerte, mit dem neutralistischen und dem kommunistischen Flügel zusammen eine neutrale Regierung zu bilden. Die Amerikaner, die sich bis vor kurzem eine Regierung in diesem Land nicht vorstellen konnten, dringen jetzt darauf, daß sich Boun Oum endlich füge und sich einer neutralen Regierung eingliedere. Es scheint aber, als ob dieser Gesinnungswandel zu spät komme. Die Amerikaner sind nun mit ihrer 7. Flotte vor Thailand aufgefahren, ziemlich sicher werden sie ihre Marinefusiliere in Thailand an Land setzen, damit sie ein Uebergreifen der Kommunisten auch auf dieses Land verhindern können. Ob sie in Laos eingreifen werden, ist sehr fraglich. Sie könnten mit dieser Machtdemonstration auch — nach außen das Gesicht während — Laos fallen lassen . . . Ob ihr Versuch, mit Hilfe ihrer neugebildeten Guerilla-Truppe, Nord-Vietnam zu erschüttern, gelingen wird, ist sehr fraglich. Denn Guerillas können sich auf die Länge nur dann durchsetzen, wenn sie sich auf die Bevölkerung stützen können. Gerade daran aber fehlt es den Amerikanern: Am Zutrauen der Bevölkerung. Allzu lange haben sich die westlichen Länder mit den regierenden Oberschichten verbündet, die sehr auf die westlichen Gelder erpicht waren und sind, sich aber als unfähig erweisen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Der Oberschicht selber geht es natürlich sehr gut — wenn man davon absieht, daß ihre Herrschaft immer wackliger wird. Wollten die Amerikaner wirklich den Vormarsch der Kommunisten in Südostasien, in Afrika, im Mittleren Osten oder sonstwo aufhalten, so müßten sie die satte, ausbeuterische Oberschicht fallen lassen und weitgehende Reformen durchführen. Es ist aber sehr fraglich, ob sich die amerikanische Regierung zu dieser Praxisänderung durchringen kann, vor allem deshalb, weil die amerikanischen Industrien daran gar nicht interessiert sind. So wie die Dinge sich bisher abspielten, flossen die Gewinne reichlich. Können die Amerikaner umstellen? Die Börse, ein feines Instrument für die Stimmung eines Landes, ist nicht sehr zuversichtlich, fällt seit Wochen. Sie fällt nicht nur wegen der außenpolitischen Unsicherheitsfaktoren, sondern auch wegen der unsicheren Lage im Innern: Der von allen

Nationalökonomien schon längst prophezeite Wirtschaftsaufschwung läßt immer noch auf sich warten, die Arbeitslosen machen nach wie vor über 5 Prozent der Bevölkerung aus und — was sehr wichtig ist — in Wirtschaftskreisen ist man mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Kennedy gar nicht zufrieden. Die von Kennedy wieder rückgängig gemachte Stahlpreiserhöhung hat ihn bei den maßgebenden Leuten der Wirtschaft nicht beliebt gemacht . . .

Dazu kommen noch die Schwierigkeiten zwischen Washington und Bonn. Die Amerikaner haben eingesehen, daß man den Ostblock in einem Krieg nicht mehr besiegen kann, oder höchstens unter solchen Opfern, die einen eventuellen Sieg sinnlos machen würden. Deshalb verhandeln sie mit den Russen, in erster Linie über Berlin. Diese Verhandlungen können selbstverständlich nicht von heute auf morgen zu einer Lösung führen, sie können aber die Lage entschärfen. Dies aber scheint den Deutschen nicht zu gefallen. Adenauer hat sich anfangs Mai über diese Verhandlungen in so abschätzigen Worten ausgelassen, daß Amerika ernstlich böse wurde. Daraufhin versuchten die Deutschen, die Worte des nun immer sichtbarer alt werdenden Bundeskanzlers zu entschärfen. Doch die vielen Worte, die nun die maßgeblichen Leute aller Parteien Deutschlands von sich gaben, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Deutschland keine Partei — die SPD leider nicht ausgenommen — weiß, wie sie sich verhalten soll. Alle sind sich darin einig, daß der Westen einig sein soll, daß die Mauer in Berlin weg muß, daß die Wiedervereinigung kommen muß. Wie diese Ziele aber zu verwirklichen sind, darüber schweigen sich alle aus. Machen die Amerikaner jedoch irgendeinen Vorschlag, so zetern alle Bundesdeutschen, daß es auf keinen Fall gehe. Daß den Amerikanern unter diesen Umständen mit der Zeit die Geduld ausgehen muß, ist klar.

Adenauer möchte im Augenblick vor allem die Achse Bonn—Paris festigen. Doch Frankreich hat im Augenblick vor allem zwei Sorgen: Nach wie vor wütet in Algerien die OAS mit unbeschreibbarer Grausamkeit. Jetzt scheint man sich nun endlich entschlossen zu haben, gegen sie rücksichtslos vorzugehen. Man wird sehen, ob es gelingt, den Mördern das Handwerk zu legen. Neben diesen faschistischen Gefahren sind es die sozialen Unruhen, die Frankreich immer wieder zu schaffen machen. Nach wie vor ist der Durchschnittsfranzose erbärmlich bezahlt; die immer wieder neu aufflackern den Streiks sind deshalb nur allzu verständlich. Die nun immer mehr einsetzende Rückwanderung aus Algerien wird diese sozialen Unruhen noch verstärken.

Auch Spanien und Portugal, die beiden Diktaturen im «freien» Westen, werden durch Streiks und Demonstrationen erschüttert. Weder Franco noch

Salazar ist es gelungen, in ihren Ländern einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Trotz Terror und Geheimpolizei haben sich seit dem 1. Mai in beiden Ländern die Studenten und die Arbeiter gegen die Regierung erhoben. Vielleicht gelingt es den beiden Regierungen, mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Zugeständnissen und Unterdrückungen, die «Ruhe wiederherzustellen». Daß dies lange dauern wird, werden die führenden Schichten in Spanien und Portugal nicht hoffen. Wie der Vatikan die Sache ansieht, beweist eine Meldung Mitte Mai, in der er das Streikrecht der Arbeiter als letzte Notwehr ausdrücklich anerkennt!

Innenpolitik

Von den Unruhen, die im Mai die ganze Welt erschüttern, ist in der Schweiz nichts zu bemerken. Die Hochkonjunktur dauert unverändert an, die Gewinne steigen, die Kapitalerhöhungen der wichtigsten Industrien folgen sich am laufenden Band. Auch die Teuerung klettert aufwärts, sie betrug anfangs Mai — bezogen auf Mai 1961 — bereits 4,8 Prozent. Die ständigen Appelle zum Maßhalten fehlen natürlich nicht. Sie richten sich nach wie vor an die Arbeitnehmer, in ihren Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen sehr zurückhaltend zu sein. Es war Nationalrat Leuenberger, der Mitte Mai in St. Gallen klar und deutlich feststellte, daß weder die Löhne noch die Arbeitszeitverkürzungen an der Teuerung schuld seien und daß folglich nicht hier mit Maßhalten begonnen werden dürfe. Diese Worte waren nötig.

Die Schweiz konnte hingegen in den ersten Maitagen ein besonderes Ereignis feiern: Die ersten sieben Kilometer der Autobahn Bern—Zürich waren fertig! Schon eine Woche darauf war auf dieser kurzen Strecke der erste tödliche Verkehrsunfall zu verzeichnen!

Ein anderes Ereignis kann man hingegen weniger feiern: Alt Bundesrat Petitpierre erhielt sein drittes Verwaltungsratspräsidium. Er steht nun folgenden Firmen vor: der Néstle AG, der Ebauches AG (eine Schlüsselfirma der Uhrenindustrie) und der Ciment Portland Neuchâtel. Da man kaum annehmen kann, daß diese wichtigen Firmen unsern alt Bundesrat seiner Verdienste im Bundesdienst wegen zu diesen lukrativen Posten verholfen haben, so ist man beinahe gezwungen, anzunehmen, diese Posten seien ihm mit Hintergedanken gegeben worden. Es kommt doch immer wieder vor, daß große Firmen in besondern Fällen auf die Unterstützung der Regierung angewiesen sind. Es liegt nun auf der Hand, daß ein Telephonanruf eines ehemaligen Bundesrates mehr nützt als ein noch so nettes Brieflein eines unbekannten Verwaltungsratspräsidenten. So sehr alt Bundesrat Petitpierre

zu gönnen sind, so sehr wäre es zu begrüßen gewesen, wenn er darauf verzichtet hätte. Doch solche Hoffnungen sind wohl utopisch, die Verknüpfung von Staat und Wirtschaft scheint in der Schweiz zu große Fortschritte zu machen.

Gerade deshalb wäre es deshalb notwendig, wenn unsere Parlamentarier sich den Parlamentsgeschäften mit mehr Eifer widmen könnten. Da wir in der Schweiz aber nach wie vor der Fiktion nachjagen, ein Parlamentarier nehme ein Ehrenamt ein, das man nicht recht zu bezahlen habe, müssen wir uns nicht verwundern, wenn in den Parlamenten immer mehr die Vertreter von Verbänden und Wirtschaftsgruppen Einsitz nehmen. So sitzen denn in unsern höchsten Parlamenten immer weniger Parlamentarier, die frei nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden können, sondern immer mehr Leute, die als Abgeordnete einer Gruppe anzusehen sind. Dieser Tendenz könnte man dadurch etwas steuern, indem man die Bezahlung der Parlamentarier erhöhte. Dies sollte allerdings sinngemäßer geschehen, als es der Nationalrat tat, der sich kurzerhand sein Taggeld von 65 auf 100 Franken erhöhte. Gegen diesen Beschluß wurde das Referendum ergriffen, und wenn diese Zeilen erscheinen, wird der Schweizer Stimmbürger schon darüber abgestimmt haben. Wie das Ergebnis dieser Abstimmung aber auch sein möge, eines ist sicher: Wir müssen in absehbarer Zeit die Stellung unserer eidgenössischen Parlamentarier wieder einmal frisch überdenken. Die Probleme der Eidgenossenschaft werden immer schwieriger und vielschichtiger. Eine einigermaßen seriöse Vorbereitung erfordert immer mehr Zeit. Da es im Interesse unseres Landes liegt, wenn die Geschäfte nach bestem Können erledigt werden, sollten wir unseren Parlamentariern die Gelegenheit geben, sich möglichst gut auf die Sessionen vorzubereiten. Das können wir aber nur dann von ihnen verlangen, wenn wir sie so gut honorieren, daß sie nicht noch auf andere Erwerbsquellen angewiesen sind. Es mag sicher für viele furchtbar revolutionär tönen, wenn hier eine Art Berufsparlamentarier gefordert wird. Aber jeder soll sich doch einmal überlegen, was für das Gesamtwohl besser ist: Vom Staat bezahlte Berufsparlamentarier, die vom Volk alle vier Jahre wieder gewählt werden müssen oder von Verbänden und Kartellen in die Parlamente abgeordnete «ehrenamtliche» Volksvertreter? Man vergesse bei der Beantwortung dieser Frage nicht, daß sich die Umstände in den letzten hundert Jahren stark geändert haben!

Mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus setzte die Emigration rassistisch, religiös oder politisch verfolgter Personen und ihrer Vermögen in die Schweiz ein. Während des Zweiten Weltkrieges kamen auch aus andern Ländern bedeutende Kapitalien zu uns. Sie wurden hier Banken, Versicherungsgesellschaften, Anwälten und andern Personen anvertraut. Über viele Besitzer dieser Vermögen fehlen heute jegliche Hinweise. Da es sich bei

diesen vornehmlich um Juden handelte, gelangten jüdische Organisationen, ferner der Staat Israel und die Internationale Flüchtlingsorganisation an den Bundesrat, diese Vermögenswerte zu ermitteln und sie bestimmten Zwecken zuzuführen. Es erfolgten auch parlamentarische Vorstöße. Der Bundesrat schlägt nun einen allgemeinverbindlichen Bundesbeschluß vor, der eine Meldepflicht für solche «erblose Vermögen» statuiert. Diese sollten dann durch Beistandsschaften gesichert und wenn möglich den Rechtsnachfolgern überwiesen werden. Erweist sich ein ermitteltes Vermögen als erblos, so sollte es einem speziellen Fonds zugewiesen werden, über dessen Verwendung die Bundesversammlung zu beschließen hätte. Diese Regelung scheint vernünftig zu sein. Bereits haben die Banken ihre Bedenken angemeldet. Sie sehen in diesem Bundesbeschluß eine Ritzung des Bankengeheimnisses, das uns bekanntlicherweise in der ganzen Welt berühmter gemacht hat als unser Käse . . . Hoffentlich dringt der Bundesrat durch!

Aus einem Brevier deutscher Aphoristik

Wenn ich von liberalen Ideen reden höre, so verwundere ich mich immer, wie die Menschen sich gern mit leeren Wortschällen hinhalten. Eine Idee darf nicht liberal sein; kräftig sei sie, tüchtig, in sich selbst abgeschlossen, damit sie den göttlichen Auftrag, produktiv zu sein, erfülle. Noch weniger darf der Begriff liberal sein, denn der hat einen ganz andern Auftrag.

Wo man die Liberalität aber suchen muß, das ist in den Gesinnungen, und diese sind das lebendige Gemüt.

Gesinnungen aber sind selten liberal, weil die Gesinnung unmittelbar aus der Person, ihren nächsten Beziehungen und Bedürfnissen hervorgeht. Weiter schreiben wir nicht; an diesen Maßstab halte man, was man tagtäglich hört.

Goethe

So kann man nicht polemisieren, Herr Müller!

VON PROF. DR. E. J. WALTER

In der Aprilnummer der «Roten Revue» versucht Johannes Müller meinen angeblichen «vernichtenden Angriff auf den dialektischen Materialismus» als «völligen Fehlschlag» darzustellen. An und für sich ist eine Diskussion dieser Probleme durchaus zu begrüßen. Aber das mindeste, was man von einem Kritiker erwarten kann, ist, daß er mit der betreffenden Materie vertraut ist. Dies ist bei Genosse Müller keineswegs der Fall.